



Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund

Arnswaldstr. 28, 30159 Hannover
Tel. 0511-30285-0, Fax 0511-30285-830
Internet: <http://www.nsgb.de>
E-Mail: nsgb@nsgb.de

Ratsbrief

NSGB-Intern Nr. **03/2008**

03.06.2008

Nachrichten für Bürgermeister/innen, Hauptverwaltungsbeamte/innen und Fraktionsvorsitzende aus dem Bereich des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB)

Der Spruch am Anfang: (Biogas) Teller oder Tank, das ist hier die Frage.

Wohnen im Alter

Was können kleinere Gemeinden tun, um für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger zentrale Versorgungsmöglichkeiten zu schaffen? Diese Frage ist Gegenstand eines bundesweiten Wettbewerbs der Wüstenrot-Stiftung für Gemeinden mit bis zu 5.000 Einwohnern. Gesucht werden geplante Konzepte und realisierte Angebote, mit denen das Wohnen im Alter durch Schaffung von zentralen Kommunikations- und Versorgungsmöglichkeiten unterstützt wird. Im Mittelpunkt steht dabei die Umnutzung von Scheunen, Gasthöfen oder Schulen zu örtlichen Versorgungs- und Informationszentren. Als Vorleistung erhalten die Gemeinden eine beratende Unterstützung bis hin zur Ausarbeitung von Plangutachten für die Baumaßnahmen, die für die neue Nutzung der Gebäude erforderlich werden und zum Wettbewerb eingereicht werden sollen. Als Gesamtpreisumme stehen 25.000 Euro zur Verfügung. Einsendeschluss ist der 8. August 2008. Weitere Einzelheiten unter http://www.afa-sozialplanung.de/index.php/wettbewerb_wuestenrot.html.
(23/II/1 - Rb 03/08 - 033)

Hausärztliche Versorgung

Bis 2020 werden in Niedersachsen 3.000 Hausärzte fehlen; davon besonders betroffen wird der ländliche Raum sein. Diese Daten aus der aktuellen Arztlageprognose hat die Kassenärztliche Vereinigung Nds. (KVN) im Rahmen der NSGB-Kreisvorstandskonferenz Anfang Mai in Bad Zwischenahn vorgestellt. Um diesem Schreckensszenario vorzubeugen, werden die Bezirksstellen der KVN und die NSGB-Kreisverbände im Rahmen von Aktionsbündnissen vor Ort gemeinsam darauf hinwirken, attraktive Bedingungen für ansiedlungswillige Hausärzte zu schaffen. Um eine ausreichende hausärztliche Versorgung auch der ländlichen Regionen Niedersachsens sicherzustellen, sind jedoch auch Land und Bund gefordert, da ohne eine Anpassung der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen das Problem nicht behoben werden kann. (23/IV/1 - Rb 03/08 - 034)

EU - Bürokratiemonster

Wird es bald eine zentrale und geprüfte Ortsrechtssammlung in Brüssel geben? Bund, Länder und Kommunen sind verpflichtet, alle Vorschriften nach Brüssel zu melden, nachdem sie auf ihre Übereinstimmung mit den EU-Vorschriften überprüft und ggf. angepasst worden sind. In Deutschland gibt es dafür ein 62-seitiges Prüfraster, dem jede Norm bis zum 31.12.2009 unterzogen werden muss. Der NSGB hat diesen höchst kostenträchtigen bürokratischen Unsinn kritisiert. Wenn schon geprüft werden müsse, dann reiche eine Normenprüfung zentral von Bund und Ländern für eine kleine Auswahl von Kommunen in Deutschland aus. Die Ergebnisse könnten dann allen Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt und nach Brüssel gemeldet werden. Damit könnte den restlichen Kommunen die Prüfungspflicht erlassen und viel Geld gespart werden. (23/V/1 - Rb 03/08 - 035)

Klimawandel

In Niedersachsen ist das Projekt „Klimawandel und Kommunen“ gestartet worden. Damit werden Klimaaktivitäten der niedersächsischen Kommunen unterstützt. Geplant sind u.a. folgende Aktivitäten: Workshops für kommunale Entscheidungsträger, ein Leitfaden für die Planung von kommunalen Klimaschutzprogrammen, klimaschutzaktive und -interessierte Kommunen miteinander zu vernetzen und einen Erfahrungsaustausch zu organisieren. Das Projekt steht unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Christian Wulff. Projektpartner sind die drei kommunalen Spitzenverbände (NST, NLT, NSGB), die E.ON Avacon AG, der Sparkassenverband, die Landschaftliche Brandkasse, die EWE AG, die E.ON Mitte AG, die RWE Westfalen-Weser-Ems AG, die E.ON Westfalen-Weser AG und die Norddeutsche Landesbank. Das von der U.A.N. organisierte Projekt ist offen für den Austausch und die Kooperation mit weiteren Partnern und Interessierten. Nähere Informationen unter www.kuk-nds.de. (23/III/1 - Rb 03/08 - 036)

Klima-Checker

Im Schuljahr 2008/2009 findet ein Klimaschutzwettbewerb „Klima-Checker“ statt. Mit dem Wettbewerb werden Schüler der allgemeinbildenden Schulen ab der 5. Klasse und von berufsbildenden Schulen aufgefordert, Klimaschutzaktivitäten zu entwickeln und umzusetzen, die zum klimafreundlichen Handeln im Schulalltag motivieren. Gewünscht sind auch verstärkte Kooperationen zwischen den Schulen und Kommunen. Es winken Preise im Gesamtwert von 10.000 Euro und die Teilnahme an einer großen Preisverleihung in Hannover. Die Ausschreibungsunterlagen werden den Schulen und Kommunen zum Schuljahresbeginn 2008/2009 zugesandt. Erste Informationen zum Wettbewerb unter www.kuk-nds.de. (23/III/2 - Rb 03/08 - 037)

Demografische Risikokarte

Die deutsche Wirtschaft hat eine „Demografische Risikokarte“ entwickelt. Diese soll bei der Standortsuche Hilfestellung geben. Grundlage ist eine Studie, die das demografische Umfeldrisiko für Unternehmen in den Regionen der EU-27 u.a. nach folgenden Kriterien untersucht hat: Arbeitskräfteangebot, Verfügbarkeit von Humankapital und Arbeitsproduktivität. Die DEMOGRAPHIC RISK MAP ist im Internet abrufbar unter <http://www.demographic-risk-map.eu/>. (23/VI/1 - Rb 03/08 - 038)

Gemeinden sind zentrale Aufgabenträger

Die Gemeinden sind (vor den Landkreisen) die originären Träger aller öffentlichen Aufgaben. Diese durch die Verfassung (Art. 57 Abs. 3) festgelegte Vorrangstellung der Gemeinden hat der Staatsgerichtshof in seiner Lüchow-Dannenberg-Entscheidung besonders betont. Damit hat er eine umfassende Diskussion zur Aufgabenzuordnung ausgelöst. Zur Vorbereitung eines entsprechenden Forderungskatalogs fragen NSGB und NST zurzeit bei den niedersächsischen Städten, Gemeinden und Samtgemeinden ab, welche derzeit noch bei anderen Ebenen angesiedelten Aufgaben sich für eine bürgernahe Erledigung vor Ort anbieten. Aus Sicht der Geschäftsstellen könnten dies beispielsweise neben der Kfz-Zulassung und dem Gaststättenwesen auch die Zuständigkeit für Kindergärten und Krippen sein. (23/IV/2 - Rb 03/08 - 039)

Metropolen-Republik?

Über 70 % der Bevölkerung lebt in den Mittelstädten und ländlichen Gebieten, aber die Politik fokussiert sich auf die Metropolen. Der Städte- und Gemeindebund hat diese einseitige Ausrichtung auf die Metropolen erneut kritisiert. Er hat darauf hingewiesen, dass in Mittelstädten und den ländlichen Gebieten die volkswirtschaftliche Wertschöpfung stattfindet, weil dort bundesweit nahezu 23 Millionen Arbeitsplätze und damit 60 % aller Jobs angesiedelt sind. (23/II/2 - Rb 03/08 – 040)

Ehemüdigkeit

2006 wurden 30 % aller Kinder außerhalb einer Ehe geboren. Nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes wurden 2006 knapp 202.000 Kinder außerhalb einer Ehe geboren, das waren 30 % aller geborenen Kinder. 1998 waren es 20 % und 1993 15 % der Kinder, die außerhalb einer Ehe geboren wurden. (23/VI/2 - Rb 03/08 - 041)

Bargeld schwächelt

Die Zahlung per Karte boomt. Nach Erhebungen des Einzelhandels stieg 2007 der Anteil der Kartenzahlungen am Einzelhandelsumsatz (ohne Kfz, Mineralöl, Apotheken, Versandhandel) auf 35,1 % an. Ein Jahr zuvor lag er bei 34,1 %. Rund 36 % aller Kartenzahlungen werden per EC-Lastschrift getätigt. Der Anteil des Bargeldes sinkt langsam weiter und lag 2007 bei 61,4 % (2006: 62,4 %). (23/V/2 - Rb 03/08 - 042)

Muttersprache per PC

„Schlaumäuse“ helfen, im Kindergarten die Muttersprache zu erlernen. Dieses Programm wurde auf dem gemeinsam von der Deutschen Messe AG und dem NSGB gegründeten CeBIT-Kommunaltag der Öffentlichkeit vorgestellt. Unter www.schlaumause.de wird der spielerische Umgang mit der Muttersprache geübt, auch ein Beitrag zur frühkindlichen Integration. (23/V/3 - Rb 03/08 - 043)

Biologische Vielfalt

Für Jugendliche zwischen 10 und 14 Jahren gibt es einen Wettbewerb „Entdecke die Vielfalt der Natur!“. Aufgerufen sind die Jugendlichen, sich mit der Natur zu beschäftigen, ihre unmittelbare Umgebung zu erforschen und Umweltaktionen zu starten. Allgemeiner Bewerbungsschluss ist der 19.10.2008. Weitere Informationen, unter: www.entdecke-die-vielfalt-der-natur.de. (23/III/3 - Rb 03/08 - 044)

Fußball 2008

Zur Fußball-Europameisterschaft gibt es für Fans eine Informationskampagne der EU. Eine Online-Info enthält Informationen und Ratschläge für anreisende Fans. Ab dem 1. Juni 2008 wird für die gesamte Dauer der Europameisterschaft 2008 zwischen 9:00 und 18:30 Uhr ein kostenloser telefonischer Auskunftsdienst für die Fans geschaltet, der in allen EU-Sprachen unter der Rufnummer 00800/67891011 zu erreichen ist. Die Online-Info unter <http://de.euro2008.uefa.com/index.html> und unter http://www.konsument.at/konsument/k_detail.asp?id=35116&cookie%5Ftest=1. (23/V/4 - Rb 03/08 - 045)

Wasserrahmenrichtlinie - Hinweispapier

Zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) gibt es noch viele Fragen. Wer entscheidet eigentlich über die Maßnahmenprogramme? Wie sind die Kommunen davon betroffen? Wer zahlt was? Wo können sich Kommunen informieren? Mit Beginn des Jahres 2008 hat aber vor Ort nach mehrjähriger Vorbereitung die Umsetzungspraxis begonnen. Und dafür ist ein Hinweispapier eine wichtige Hilfe, weil in dieser Ausarbeitung Fragen der Praxis beantwortet werden. Das Hinweispapier ist auf der Seite der Wasserrahmenrichtlinien-Info Börse der Kommunalen Umwelt-Aktion U.A.N. veröffentlicht worden (<http://www.wrrl-kommunal.de/content,421.html>). (23/III/4 - Rb 03/08 - 046)

Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Die WRRL kann auch in kleinen Schritten erfüllt werden. Zwar ist das Ziel gesetzlich vorgegeben: Bis 2015 muss der gute ökologische Zustand der Gewässer erreicht werden. Aber das ist über die Jahre nur schrittweise zu erreichen. Das hat Wiebke Abeling von der Kommunalen Umwelt Aktion U.A.N. für den CEMR (Europäischer kommunaler Spitzenverband) in einer Stellungnahme gegenüber der EU-Kommission betont. Damit befinde man sich auch in Übereinstimmung mit der WRRL. Denn es ist ausdrücklich geregelt (Erwägungsgrund 29 bzw. Art. 4.4), dass eine stufenweise Durchführung des Maßnahmenprogramms möglich ist, um so die Durchführungskosten auf einen größeren Zeitraum zu verteilen. Aufgrund der immer noch angespannten Lage der öffentlichen Haushalte ist derzeit nur ein stufenweises Vorgehen in kleinen Schritten möglich. (23/III/5 - Rb 03/08 - 047)

Asylberechtigte

Die Zahl der Asylberechtigten in Deutschland sinkt stetig. Waren es nach Angaben der Bundesregierung im Jahre 1997 insgesamt 177.339 Personen, so handelt es sich 2007 nur noch um 63.364 Personen. Die meisten der Asylberechtigten stammen aus der Türkei (26.411), gefolgt vom Iran (8.293) und Afghanistan (4.313). Demgegenüber sei die Zahl der nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannten Flüchtlinge auf 62.564 Personen im Jahre 2007 gestiegen - 1996 lag die Zahl noch bei 25.398. Wurden 2007 insgesamt 9.617 Personen abgeschoben, waren es 1997 noch 38.205 Personen. Von den Asylberechtigten sind 8.126 Niedersachsen zugewiesen. (23/IV/3 - Rb 03/08 - 048)

Der Spruch am Ende: Die Gesundheit ist wie das Salz: Man merkt nur, wenn sie fehlt.